

## **„Sommerfest der Pressefreiheit in Stößen: Sicherheitsbehörden untersagen Event“**

Sachsen-Anhalt verbietet „Sommerfest der Pressefreiheit“ auf Poggenburgs Rittergut, bedingt durch Verbindungen zur rechtsextremen Szene.

Das Verbot des „Sommerfests der Pressefreiheit“ auf dem Rittergut des ehemaligen AfD-Politikers André Poggenburg in Stößen hat ein echo in der Öffentlichkeit ausgelöst. Diese Entscheidung der Sicherheitsbehörden in Sachsen-Anhalt wurde getroffen, nachdem das ursprünglich geplante Fest der rechtsextremen „Compact“-Zeitschrift aufgrund eines Verbots durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser nicht stattfinden konnte.

### **Hintergrund des Verbots**

Bevor das Sommerfest der Pressefreiheit ins Auge gefasst wurde, hatte die Polizei bereits die „Compact“-Veranstaltung, unterstützt von der rechtsextremen Szene, verhindert. Das Verbot wurde ausgesprochen, weil „Compact“ als zentrales Sprachrohr dieser Szene gilt. Faeser erklärte, dass die Verbreitung extremistischer Inhalte und die Mobilisierung von Anhängern durch solche Veranstaltungen nicht toleriert werden können.

### **Beteiligte Akteure und ihre Absichten**

Poggenburg plante, zwischen 300 und 600 Gäste auf seinem Rittergut willkommen zu heißen. Unter den angekündigten

Gästen befanden sich prominente Figuren, darunter der Ex-Chefredakteur von „Compact“, Jürgen Elsässer, und Martin Sellner, ein Führungsmitglied der Identitären Bewegung. Diese Auswahl an Gästen wirft Fragen über die wahre Natur der Veranstaltung auf.

## **Reaktionen der Organisatoren**

Trotz des anhaltenden Drucks durch die Behörden beschrieb Poggenburg das geplante Fest als unabhängig und nicht mit „Compact“ verbunden. Es gab bereits erste Gespräche zwischen den Organisatoren der Gruppierung „Aufbruch Deutschland“ und den Behörden, jedoch scheint dies nicht ausreichend gewesen zu sein, um die Sicherheitsbehörden von der Unbedenklichkeit des neuen Festivals zu überzeugen. Der Verdacht blieb bestehen, dass es sich um eine Ersatzveranstaltung für das vorherige, verbotene Fest handele.

## **Auswirkungen auf die Gesellschaft**

Die Entscheidung der Behörden hebt die zunehmende Problematik des Extremismus in Deutschland hervor. In einer Zeit, in der rechtsextreme Gruppierungen versuchen, ihre Ideologien durch Veranstaltungen zu verbreiten, sehen sich die Sicherheitsbehörden in der Pflicht, solche Ansätze strikt zu unterbinden. Der große Widerhall in der Öffentlichkeit spiegelt die gespaltene Meinung über Meinungsfreiheit und die Grenzen, die in einer demokratischen Gesellschaft gesetzt werden müssen, wider.

## **Folgen für die Organisatoren**

„Aufbruch Deutschland“ plant, sich gegen das Verbot der Veranstaltung juristisch zur Wehr zu setzen, und hofft, die Entscheidung im Eilverfahren kippen zu können. Dieser Schritt könnte die Auseinandersetzung um die Themen Meinungsfreiheit und Extremismus weiter anheizen,

insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass Poggenburg als Ansprechpartner für die Gruppierung auftritt.

Die Situation wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie viel Freiheit kann einer Gruppierung gegeben werden, die das Potenzial hat, extremistische Ideologien zu verbreiten? Und welche Maßnahmen sind notwendig, um die Gesellschaft vor solchen Einflüssen zu schützen?

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**